

15. Mai 1948 – Nakba-Tag

Tag der palästinensischen Katastrophe

14. Mai 1948: Was die jüdische Bevölkerung als Beginn der Geschichte des eigenen Staates feiert, bedeutet für die PalästinenserInnen eine Katastrophe (Nakba). Nakba symbolisiert die gewaltsame Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung aus ihren Häusern, Dörfern und ihrem Land, ihre Enteignung, den Raub ihrer wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen, die Verdrängung oder Auslöschung ihrer Geschichte, die systematische Diskriminierung der im Gebiet des heutigen Israel verbliebenen Menschen und für Hunderttausende den Beginn einer jahrzehntelangen, bis heute andauernden Flüchtlingsexistenz.

Das brutale Vorgehen der israelischen Armee und Regierung gegen die palästinensische Bevölkerung in den 1967 besetzten Gebieten und die Unbeirtheit,



Palästinensische Flüchtlinge 1948

mit der sich die israelische Regierung bei der Verfolgung eigener Interessen über internationale Proteste und internationales Recht hinwegsetzt, lösen gegenwärtig in der ganzen Welt Empörung aus. Die massiven Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in Jenin und die Weigerung, die Ereignisse durch eine UNO-Kommission untersuchen zu lassen, wären jedoch ohne die Rückendeckung der Vereinigten Staaten und die Duldung der europäischen Staaten nicht denkbar. Die in den letzten Wochen von hochrangigen Militärs und PolitikerInnen in Israel immer unverblümter geäußerten Spekulationen über eine weitere Vertreibung der PalästinenserInnen aus den 1967 besetzten Gebieten und selbst von palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels lassen für die nächste Zeit eine weitere massive Eskalation befürchten.



Zerstörtes Flüchtlingslager Jenin 2002

Eine Abkehr Israels von seiner Vertreibungspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und der Zerstörung ihrer Existenz und Gesellschaft kann nur durch massiven Druck von aussen erreicht werden. Werden auch Sie aktiv!

8. Juni 2002, Genf
Nationale Demonstration in
Solidarität mit der
palästinensischen Bevölkerung!

28. September, Brüssel, Internationale Demo



Schlüssel des ehemaligen Hauses

Von der Verdrängung zur Vertreibung und Zerstörung

Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich in Europa die zionistische Bewegung zum Ziel, im Nahen Osten einen jüdischen Nationalstaat zu errichten. Sie reagierte damit auf die europäische Judenverfolgung, stand aber auch im Einklang mit dem aufkommenden Nationalismus und kolonialer Interessenpolitik. In einem Geheimabkommen von 1916 (Sykes-Picot) einigten sich die Kolonialmächte Frankreich und Grossbritannien, Palästina der britischen

Grossgrundbesitz der schmalen, reichen Oberschicht. In Jaffa, Haifa und Jerusalem gab es auch einen städtischen Mittelstand, und im 20. Jahrhundert entstand nach und nach ein arabisches Proletariat.

Der Mythos, wonach Palästina eine Wüste war, die erst durch die Pionierleistung der europäisch-jüdischen Einwanderer fruchtbar gemacht wurde, wird unter anderem durch die Zahlen der britischen Mandatsmacht aus den 30er

und 40er Jahren widerlegt. Von insgesamt 4 367 629 Dunum Getreide wurden 4 152 438 von PalästinenserInnen angebaut. Im Negev kultivierten 1935 die arabischen Fellachen 2 109 234 Dunum Land, während von jüdischen SiedlerInnen nicht mehr als 21 000 Dunum bewirtschaftet wurden. 86 Prozent des Weinbaus, 99 Prozent der Olivenkulturen, 85 Prozent des Gemüse-

anbaus und die gesamte Tabakproduktion wurde von arabischen Bauern/Bäuerinnen geleistet. Die Produktion und der Export von Zitrusfrüchten und Bananen lag in arabischen Händen.

Dennoch veränderte sich der Charakter der Region in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durch die aus Europa kommenden Einwanderer. Im Einverständnis mit den Grossmächten konnte die zionistische Bewegung neben der arabischen Bevölkerung gezielt ein eigenes Gemeinschaftswesen mit eigener Wirtschaft aufbauen. Vor allem in den Städten Haifa und Jerusalem änderten sich die Mehrheitsverhältnisse zunehmend zugunsten der jüdischen Bevölke-



Jaffa - arabischer Markenname

rung. Dagegen war Jaffa – heute für viele ein Synonym israelischer Orangen – noch 1942 zu 70 Prozent arabisch bewohnt. Im ganzen Land lag der Anteil der arabischen Bevölkerung ebenfalls bei 70 Prozent (977 000 Personen). Der Boden befand sich zu 94,4 Prozent in arabischem Besitz.

1947 übertrug Grossbritannien den Vereinten Nationen die Aufgabe, eine Lösung für die Palästina-Frage zu finden. Im selben Jahr beschloss die UNO, das Land Palästina in zwei Staaten zu teilen. Dem „arabischen Staat“ wurde rund 43 Prozent der palästinensischen Gesamtfläche zugesprochen, dem „jüdischen Staat“, in dem laut UNSCOP zu diesem Zeitpunkt 499 020 Juden/Jüdinnen und 509 780 AraberInnen lebten, rund 57 Prozent der



Export von Orangen vor 1948

Herrschaft zu unterstellen. 1917 kam der britische Aussenminister Lord Balfour den diplomatischen Bemühungen der zionistischen Bewegung entgegen und erklärte, Palästina sei zur Erreichung einer „jüdischen Heimstätte“ erkoren.

Palästina, das Land der jüdischen Vorfäter, war zu diesem Zeitpunkt ein mehrheitlich von arabischer Bevölkerung bewohntes und kultiviertes Land mit einem geringen jüdischen Bevölkerungsanteil. Diese einheimische Bevölkerung spielte jedoch weder für die Kolonialmächte, die ihren Einfluss in der Region sichern wollten, noch für die zionistische Bewegung, die in Palästina ihren Nationalstaat aufbauen wollte, irgendeine Rolle: Sie wurde als nicht existent behandelt.

1895, als schon eine erste zionistische Einwanderungswelle ins Land gekommen war, lebten in Palästina 453 000 AraberInnen (90,6%) und 47 000 Juden/Jüdinnen (9,4%). Das Land war zu 99,5 Prozent in palästinensisch-arabischem Besitz. Die arabische Bevölkerung lebte mehrheitlich von Landwirtschaft, sei es in kleinbäuerlichen Strukturen oder auf dem



Jenin 2002, auf der Suche nach Habseligkeiten

Gesamtfläche und die fruchtbarsten Gebiete. Ein mehrheitlich arabisches Land, dessen Boden fast ausschliesslich in arabischem Besitz war, sollte also willkürlich geteilt und einem jüdischen Staatswesen

unterworfen werden. Die arabische Bevölkerung wurde nicht um ihre Meinung gebeten, die arabischen Staaten der Region lehnten den Plan ab.

Die palästinensische Bevölkerung Palästinas wehrte sich gegen die Zerstückelung ihres Landes und die Verdrängung aus immer weiteren Lebensbereichen. Jüdische Terrororganisationen stützten sich auf den UNO-Teilungsplan, um ihren Staat gewaltsam durchzusetzen, und nutzten die Verweigerung der AraberInnen, um die von der UNO vorgesehenen Grenzen noch mehr auszuweiten. Mit militärischer Hilfe mehrerer europäischer Länder gelang es ihnen, 78 Prozent des Landes zu erobern. Bis zur Staatsgründung hatte Israel 957 000 PalästinenserInnen (Schätzungen der UNO von 1950) aus ihrem Land und ihren Häusern vertrieben. Ihr Eigentum wurde anschliessend vom jüdischen Staat entschädigungslos beschlagnahmt. 418 palästinensische Dörfer und Städte wurden per Dekret dem Erdboden gleich-

gemacht. Bis heute wird den ehemaligen BewohnerInnen das Recht verweigert, sie wieder aufzubauen. Über hundert Dörfer, die von Vertriebenen im Staatsgebiet des heutigen Israel in unmittelbarer Nähe ihrer früheren Ortschaften aufgebaut wurden, werden offiziell nicht anerkannt, verfügen über keinerlei staatliche Infrastruktur und tauchen auf keiner Landkarte auf.

Die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung begann nicht erst mit dem Einmarsch der arabischen Armeen in Palästina am Tag nach der Ausrufung des Staates, wie dies die zionistische Geschichtsschreibung behauptet. Die Generalmachung der bewaffneten jüdischen Streitkräfte (Haganah) erfolgte am 6. März 1948. Einen Monat später nahm die Haganah mit dem Plan Dalet ihren Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung auf. Dieser sah vor, das für den zukünftigen jüdischen Staat vorgesehene Territorium möglichst von palästinensischen BewohnerInnen zu „säubern“. Am 9. April 1948 begingen jüdische Terroristen unter dem Kommando des späteren Regierungschefs Menachen Begin ein Massaker an der Bevölkerung des Dorfs Deir Yassin nahe Jerusalem, bei der 254 ZivilistInnen ermordet wurden. Diese Gräueltat, gezielte psychologische Kriegsführung und Einschüchterungen trieben die arabische Bevölkerung in die Flucht. Im Juli 1948 wurden unter der Leitung des



Zerstörtes Ministerium, Ramallah 2002

späteren Friedensnobelpreisträgers und Regierungschefs Yitzhak Rabin weitere rund 50 000 Menschen aus den Städten Lydda und Ramla vertrieben. Der heutige Ministerpräsident Ariel Sharon tat sich 1953 mit der Zerstörung des Dorfes Kibya im Westjordanland (damals unter jordanischer Herrschaft) und der Ermordung seiner EinwohnerInnen hervor. Der „Judenstaat“, den sich Theodor Herzl erträumte und der nach seinen Worten einen „Schutzwall gegen die Barbarei“ darstellen sollte, ist auf den Trümmern der palästinensischen Gesellschaft errichtet worden.

Bis heute bezweckt der israelische Terror gegen die palästinensische Bevölkerung, sie zum Verlassen des Landes zu bringen und ihre Gesellschaftsstruktur und Kultur zu zerstören. Bis heute zeigt Israel keine Bereitschaft, auf einmal eroberte Gebiete zu verzichten, Kriegsfolgen zu beheben, enteigneten Besitz zurückzugeben oder abzugelten, die Flüchtlinge in ihre Dörfer und Städte zurückkehren zu lassen. Das Vertreibungs- und Zerstörungswerk wird in den 1967 besetzten Gebieten (Westjordanland und Gaza-Streifen) fortgesetzt, wo die Bevölkerung der Willkür der Besatzungsmacht ausgeliefert ist. Zudem kontrolliert Israel alle wirtschaftlichen Ressourcen und nimmt einen Grossteil davon für sich in Anspruch (z.B. Wasser), während durch den illegalen Ausbau jüdischer Siedlungen und Strassen auch dieses Gebiet zunehmend anektiert wird. In den letzten Jahren mehrten sich sogar Stimmen, die den „Transfer“, mit anderen Worten die Vertreibung der noch in Israel lebenden PalästinenserInnen fordern.

Trotz unzähliger Verurteilungen der israelischen Politik und zahlreicher UNO-Resolutionen, die Dank amerikanischer Rückendeckung jedoch nie mit Sanktionen verknüpft waren, konnte Israel seine



Urkunden von konfisziertem Besitz

Palästinensische Flüchtlinge

Die Mehrheit der PalästinenserInnen, die 1948 und 1967 vertrieben wurden, leben seither im Westjordanland, im Gaza-Streifen, in Jordanien, Syrien und dem Libanon; viele von ihnen leben wenige Kilometer von ihren Herkunftsorten entfernt in Flüchtlingslagern unter zum Teil verheerenden Bedingungen. Trotz eindeutiger Bestimmungen des internationalen Rechts und entsprechender UNO-Verfügungen weigert sich Israel, ihnen die Rückkehr an ihre Herkunftsorte und in ihr Herkunftsland zu erlauben.

Interne Vertriebene in Israel:	250 000
Registrierte Flüchtlinge (1999)	
Gaza-Streifen	808 495
Westjordanland	576 160
Jordanien	1 541 405
Libanon	373 440
Syrien	378 382
In anderen Ländern	rund 1 Million



Jenin 2002

**Für ein Leben in Würde,
mit garantierten Grundrechten!**

**Boycottiert israelische Produkte
bis zum Ende der Besatzung
und der Apartheid in Israel/Pa-
lästina!**

**Nationale Demonstration in
Solidarität mit der palästinensi-
schen Bevölkerung am 8. Juni
2002 in Genf!**

Politik bis heute ungehindert fortsetzen. Ungeachtet der jeweiligen aktuellen Krisenmomente kann eine friedliche, gleichberechtigte Koexistenz aller Menschen in dieser Region nur erreicht werden, wenn Israel auf jeden weiteren Schritt in Richtung Vertreibung und Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft verzichtet, das Unrecht beseitigt, das es den PalästinenserInnen angetan hat, das internationale Recht einhält und die einschlägigen UNO-Resolutionen erfüllt. Dazu gehört auch das unveräusserliche Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr an ihre Herkunftsorte und die Beseitigung jeglicher Diskriminierung der arabischen StaatsbürgerInnen in Israel.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, rufen wir zur aktiven Unterstützung der Solidaritätsbewegung mit den PalästinenserInnen und zum Boykott israelischer Produkte auf, bis Israel die Besatzung und das Apartheidsystem gegenüber der palästinensischen Bevölkerung aufgehoben hat.

UNO-Resolutionen zu den PalästinenserInnen

Das internationale Recht bestätigt die Rechte des palästinensischen Volkes, aber die entsprechenden UNO-Resolutionen wurden bis heute nicht durchgesetzt. In den folgenden Resolutionen fordert die UNO eine Lösung aufgrund der Prinzipien der Charta:

1. Resolution 194 (III) vom 11.12.1948 der Generalversammlung: Recht auf Rückkehr und/oder Entschädigung

„Die Vollversammlung ... beschliesst, dass den Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dieses zum frühest möglichen Zeitpunkt gestattet werden sollte und dass jenen, die nicht zurückkehren wünschen, Entschädigung für ihr Eigentum, für den Verlust oder die Beschädigung des Eigentums zu zahlen ist ebenso wie für den Verlust von oder den Schaden an Eigentum, welcher gemäß den Grundsätzen des Völkerrechtes oder des Billigkeitsrechtes von den verantwortlichen Regierungen oder Behörden ersetzt werden sollte.“

2. Resolution 273 (III) vom 11. Mai 1949 der Generalversammlung: Aufnahme Israels in die UNO

Unter Hinweis darauf, dass Israel die UNO-Resolutionen vom 29.11.1947 (Teilungsplan) und 11.12.1948 (Recht auf Rückkehr) zu erfüllen hat, wird Israel als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen.

3. Resolution 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967

Der UNO-Sicherheitsrat verlangt den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten.



Die Aktionen zum Nakba-Tag werden unter anderem unterstützt von folgenden Organisationen:
Nationale Koordination der Palästina-Solidarität, Gesellschaft Schweiz-Palästina/Association Suisse-Palestine, Palästina-Komitee Basel, Sozialistische Alternative/Solidarität, Aider Beit Sahour/Fribourg, Comité Urgence-Palestine, Genf.